Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck; Kastanienallee 4a;
Tel. 03647 423223; Firma: 03641 694777;
Funk 0151 16160108; E-Mail: w.kleindienst@t-online.de

Leserbrief zu OTZ „Opposition kritisiert CDU-Ankündigung“ vom 27.07.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte um Veröffentlichung meines Leserbriefes.

Im Jahr 2009 wird Deutschland von der Angst vor einer wirtschaftlichen Rezession beherrscht. Alle Politiker in Bund und den Ländern debattieren über geeignete Maßnahmen zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Dazu gehören nach unserer Auffassung auch Investitionen in die kommunale Infrastruktur und die Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung. Anstatt die Bürger mit Grundbesitz oder die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen durch ständig neue Herstellungsbeiträge (Zwangsbeiträge) oft bis an den Rand des finanziellen Ruins zu belasten, sollte seitens der Politik die Erkenntnis wachsen, dass Straßenbau und Abwasserentsorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören und damit gesamtgesellschaftliche, aus Steuermitteln zu finanzierende Aufgaben sind.
Für die Umsetzung ist eine Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und der Thüringer Kommunalordnung erforderlich. Eine Mindestforderung wäre die Änderung der entsprechenden Gesetze nach dem Beispiel des Freistaates Sachsen von einer Soll- in eine Kannbestimmung, wonach die Kommunen über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden können. Frau Taubert (SPD) sollte endlich erkennen, dass die parteipolitische Sichtweise der SPD bei Kommunalabgaben ihre Partei erneut in das politische Abseits manövrieren wird. Freilich versucht die CDU mit Innenminister Scherer, wie schon im Wahlkampf 2004 bei der Abschaffung der Zwangsbeiträge für Wasser, erneut eine Lösung zu Gunsten der Bürger zu schaffen, wobei die „Linke“ zu recht sauer ist. Denn letztendlich war bisher die „Linke“ die einzigste Partei, welche sich für die Abschaffung der Zwangsbeiträge eingesetzt hat. Ob die CDU es auch ernst meint, wird sich zeigen. Worthülsen und Ankündigungen reichen längst nicht mehr aus, um Wähler zu täuschen. Kommunalpolitiker sollten selbst über die Finanzierung ihres Straßenbaues entscheiden können, vorausgesetzt die Fördermittel stehen auch Gemeinden zur Verfügung, die keine Straßenausbaubeiträge erheben. Herr Matschie und Frau Taubert haben nicht mehr viel Zeit sich zu besinnen. Zigtausend Betroffene in Thüringen werden zur Landtagswahl ihre Entscheidung an der Wahlurne davon abhängig machen.

Wolfgang Kleindienst
Pößneck